

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit!»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Dauerstraße Nr. 8) und Dresden (bei G. Höfner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Rgr.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich zwei mal und wird ausgegeben in Leipzig Vormittags 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 6 Uhr, Vormittags 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Rgr.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 12. Aug. Trotz der Aufgabe, die sich hier viele Zeitungsschreiber gestellt haben, die Bundesversammlung in ihrer Thätigkeit täglich zu bewundern, ihre andauernden Anstrengungen stets von neuem zu verkünden und die überwältigenden Arbeiten der Commissionen, Ausschüsse und Plenarsitzungen als wahrhaft erdrückend darzustellen, will es noch immer nicht gelingen, wirkliche Facta, d. h. einstimmig angenommene Bundesbeschlüsse, die demnächst zur Ausführung gelangen können, zu entdecken. Fragen wir deshalb ein mal ernstlich, was ist geschehen? so werden wir immer wieder von jenen H. S. Berichterstattern die Antwort erhalten: es wird in den Ausschüssen rastlos und unaufhörlich fortgearbeitet und demnächst werden denn auch wol „Beschlüsse folgen“ müssen. Das sind nun leere Hoffnungen, die allerdings mit einem gewissen Grade von Wahrscheinlichkeit gegeben werden können, denn irgendwelche Beschlüsse werden am Ende sicherlich folgen müssen. Ich habe Ihnen vor einiger Zeit die Mittheilung gemacht, daß drei Bundesbeschlüsse gefaßt wären: die Organisation der Militär-Bundescommission mit der Flottenabtheilung, die Verantwortung des Protestes Englands und Frankreichs, und die Erledigung der Flottenangelegenheit dahin, daß deren Existenz durch einen Matricularbeitrag bis Ende dieses Jahres als Bundesflotte gesichert sei. Ferner sind nun noch als Beschlüsse angenommen, die Stellung der zwei Fünftel der Contingente innerhalb acht Tagen auf Aufforderung des Bundes zur Durchführung von Bundesbeschlüssen und die Erledigung des hamburger Protestes in der Ihnen bereits mitgetheilten Form. Ein Mehreres ist zuverlässigerweise nicht geschehen und es ist deshalb namentlich unrichtig, wenn die Allgemeine Zeitung von der Annahme des Beschlusses spricht, wonach die vierzehntägige Instructionseinholung angenommen sei. Dieser an sich sehr wichtige Gegenstand befindet sich noch bei dem Ausschusse für die Abänderung der Geschäftsordnung. Nachdem derselbe von diesem ein mal im Plenum zur Beschlussfassung vorgebracht worden, hat er die nöthige Stimmeinhelligkeit nicht erlangen können und ist an den Ausschuss zurückgewiesen worden, wo er nun mit noch andern Modificationen in der Geschäftsordnung vorgebracht werden soll. Einstweilen hat derselbe jedoch auf die jetzigen Verhandlungen der Bundesversammlung gar keinen Bezug und die alte Geschäftsordnung besteht in voller Kraft.

In der am 9. Aug. abgehaltenen Plenarsitzung sollte die Schließung des Protokolls über die Flotte (d. h. die Genehmigung der Matricularbeiträge) angenommen werden, dies konnte jedoch noch nicht geschehen, da von Seiten Preußens noch keine Instructionen eingelaufen waren; dies dürfte die obige Widerlegung der vierzehntägigen Instructionseinholung am bündigsten bestätigen. Im Uebrigen kamen in jener Sitzung die Anträge wegen Modificationen der Einzelverfassungen nach der Bundesverfassung vor, welche der Ausschuss auf Grund des eingebrachten Antrags Preußens und Oesterreichs, den ich Ihnen seinerzeit abschriftlich mittheilte (Nr. 390), entworfen hat. Es waren mehre sehr präcis gefaßte Anträge, die aber sogleich von einem nicht geringen Theil der Gesandten bekämpft wurden. Vielleicht bin ich demnächst in den Stand gesetzt, Ihnen dieselben mitzutheilen.

Man wird nach dieser Darstellung und selbst nach der hoffnungsreichen mancher officiellen Berichterstatter einräumen müssen, daß die Thätigkeit der Bundesversammlung eine nur sehr mäßige und unproductive genannt werden kann. Daß die Einstimmigkeit und die Geschäftsordnung dieselbe hindern, räumen wir gern ein, diese sind aber bei einer Conföderation wie der Bund, wo jeder einzelne Staat souverain ist und sich seine Rechte reservirt halten muß, unvermeidlich, wenn nicht eben diese Souverainetät gefährdet sein will; hierzu aber gibt es einen nicht geringen Theil von Staaten, die sämmtlich durch gleichmäßige Interessen die Solidarität haben, gleichmäßig dagegen aufzutreten, und dieser Moment wird stets erfolgen, sobald Beschlüsse gefaßt werden sollen, welche die Souverainetät beeinträchtigen. Deshalb sind denn auch die Einschüchterungen, die von einem Theil der guten Presse ausgehen und berichten, daß Preußen und Oesterreich durch eine Reorganisation der Militärcommission die Militärangelegenheiten allein in die Hände nehmen wollen, völlig aus der Luft gegriffen, wie sich denn auch die Prophezeiungen der beim Bundestage vorkommen sollenden Verhandlungen höchst komisch in den Zeitungen ausnehmen. Ist es schon schwer, über Das, was geschieht, etwas Zuverlässiges zu erfahren, um wie viel weniger kann man über Das, was nicht geschieht, etwas in Erfahrung bringen oder gar über Dasjenige, was in ferner Zukunft liegt! Wir unsererseits werden uns lediglich an Dasjenige halten, „was wirklich geschehen ist“, die

Hoffnungen, Befürchtungen und Prophezeiungen jedoch Denen überlassen, deren Phantasie auch aus dem „Nichts“ Politik machen kann.

Die Unterstellung, daß die Vollmacht der Bundescommissare in Holstein erloschen sei, weil sie abgelassen, ist durchaus unrichtig. Die Vollmacht dauert auch jetzt stillschweigend fort. — In das Stadium des Stillstandes ist auch die Angelegenheit des Herzogs von Augustenburg getreten. Es darf auch wiederholt bestimmt versichert werden, daß von Seiten der dänischen Regierung bis jetzt keinerlei Schritte eingeleitet wurden, welche darauf hindeuten könnten, daß sie dem Herzoge sein gewaltsam genommenes Eigenthum wieder überliefern oder sich überhaupt mit ihm verständigen wolle. (Köln. Z.)

Aus der Provinz Preußen, 12. Aug. Wie die öffentlichen Blätter bereits gemeldet haben, ist der Kreisrichter Martiny, welcher wegen seiner Theilnahme an den Verhandlungen des nach Stuttgart übergestellten Parlaments und wegen Mitwirkung an dem badischen Aufstande als Hochverräther angeklagt war, nicht nur von den Geschworenen für nicht schuldig erklärt, sondern auch in dem vor dem Appellationsgerichte zu Marienwerder anhängig gemachten Disciplinarverfahren freigesprochen worden. Damit ist jedoch die Sache noch nicht beendet. Vielmehr hat der Justizminister ein sehr mißbilligendes Rescript über die letztere Freisprechung an das Gericht zu Marienwerder erlassen und die Uebersendung der Acten an das berliner Overtribunal befohlen, damit diese Behörde definitiv in der Disciplinarsache gegen Hrn. Martiny beschließe. Wie das Erkenntniß des Overtribunals ausfallen wird, ist nach bekannten Vorgängen gar nicht zweifelhaft. Dieser Proceß droht noch für Andere unangenehme Nachwehen zu haben, und zwar infolge der Freudenbezeugungen, welche sehr viele Damen zu erkennen gegeben haben, als Hrn. Martiny's Freisprechung von dem Schwurgerichte zu Conitz verkündigt wurde. Nach einem von dem dortigen Landrath an die Regierung zu Marienwerder erstatteten Bericht ist Hr. Martiny bei seiner Entlassung von der Bank der Angeklagten mit Blumen überschüttet worden, und als etwas ganz besonders Anstößiges wurde vom Landrath hervorgehoben, daß sogar Frauen von Nichtern Bouquets geworfen haben. In Marienwerder schien man auf diese Denunciation kein besonderes Gewicht legen zu wollen; jedoch ist, wie versichert wird, jetzt aus Berlin verfügt worden, nähere Recherchen über jenen bedenklichen Vorfalle einzuleiten; nicht unwahrscheinlich werden die unschuldigen Ehemänner für die mißliebigen Demonstrationen ihrer Frauen verantwortlich gemacht werden.

Hannover, 13. Aug. Die Niedersächsische Zeitung polemisiert gegen die Regierung wegen der provinziallandschaftlichen Frage in einer Weise, der man die tiefe Erbitterung ihrer Partei anmerkt. Da die Hoffnungen, welche die Niedersächsische Zeitung bisher noch auf den König und die eigentliche Hoppartei setzte, nun auch gescheitert sind, so ist diese Erbitterung erklärlich und nimmt nicht mehr bloß das Ministerium zur Zielscheibe ihrer Angriffe.

Oesterreichische Monarchie.

Mailand, 9. Aug. Statt die revolutionären Aufrufe öffentlich anzuschlagen, werden dieselben jetzt in die Häuser geschickt. Mehre Hausherrn haben dieselben verriegelt und mit Angabe ihrer Adresse in das k. k. Stadtcommando gesendet. (Tr. Z.)

Eine vor einigen Tagen von der Laibacher Zeitung mitgetheilte und von mehren Blättern der wiener Residenz (auch von der Oesterreichischen Correspondenz) wiedergegebene Nachricht bezüglich eines hier stattgefundenen Einbruchs, welcher von der demokratischen Partei angezettelt sein und die Wegnahme oder Durchsicht wichtiger Papiere zum Zwecke haben sollte, wird von diesem Blatte nunmehr dahin berichtigt, daß es sich aus der eingeleiteten Criminaluntersuchung herausgestellt, wie dieser Einbruch höchst wahrscheinlich nur von gemeinen Dieben herrührte, die sich aber in ihrer Erwartung, eine reiche Beute im Consularamte vorzufinden, getäuscht sahen, indem der Consul (eigentlich jetzt nur Handelsagent im Auftrage der päpstlichen Regierung) vor seiner Abreise nach dem Bade Masino im Belisin alles baare Geld und Kostbarkeiten aus dem Amte entfernt und in der eigenen Wohnung verwahrt hatte. Nur ein kleiner Ring blieb daselbst liegen und ungefähr 1000 Zw. in Tresorscheinen, die jedoch von den Dieben nicht entdeckt oder nicht erkannt wurden. Es scheint nun, daß diese aus bloßem Muthwillen und Zorn über ihre unnütze Mühe verschiedene Beschädigungen im Hause anrichteten, als ein Sopha, mehre Vorhänge und die Kleider der Beamten mit Federmessern durchschnitten, Rahmen und Bil-